

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 2. Juli 2020

Selbständiger Antrag

**des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Stopp der Gemeinde-Abzocke**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Stopp der Gemeinde-Abzocke

Unsere Gemeinden sind das Rückgrat der ländlichen Regionen. Sie leisten sowohl für die Burgenländerinnen und Burgenländer, als auch für die Wirtschaft und damit verbunden für die Beschäftigung in unserem Land einen wichtigen Beitrag. Aktuell kommen sie aber immer mehr in Bedrängnis, vor allem durch die massiven Abzüge des Landes bei den Ertragsanteilen.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass unseren Gemeinden unter die Arme gegriffen wird. Die Bundesregierung hat dazu ein Gemeindepaket in der Höhe von einer Milliarde Euro geschnürt. Für die 171 burgenländischen Gemeinden stehen 31 Millionen Euro für Investitionen im Schulbereich, bei den Kindergärten, für GemeindestraÙen oder die Ferienbetreuung und vieles mehr zur Verfügung. Auch andere Bundesländer, wie Tirol, Niederösterreich oder Kärnten, unterstützen ihre Gemeinden.

Im Burgenland sind die Gemeinden in der Krisenzeit zum Sündenbock für die Millionenausgaben des Landes geworden. Das Burgenland muss die Abzocke der Gemeinden stoppen, neue finanzielle Belastungen der Gemeinden unterlassen und ein Belastungsverbot für die nächsten fünf Jahre festlegen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Abzocke der burgenländischen Gemeinden zu stoppen und ein Belastungsverbot des Landes zulasten der Gemeinden für die nächsten fünf Jahre festzulegen.